

Linksumkehr in der Finanzpolitik

Staatsfinanzen Bündnis «Aargau mit Zukunft» will den Haushalt nur mit Mehreinnahmen ins Lot bringen

VON URS MOSER

Unter dem Titel «Bündnis Aargau mit Zukunft» hat sich eine breite Links-Allianz gegen die Sparpläne der Regierung formiert. SP und Juso, Grüne und die Piratenpartei, die Gewerkschaften Unia und VPOD und der Gewerkschaftsbund, der Lehrerverband und der VCS ziehen am gleichen Strick. Mit einer neunköpfigen Delegation trat das Bündnis gestern an die Öffentlichkeit, um die von der bürgerlichen Mehrheit geprägte Aargauer Finanzpolitik für gescheitert zu erklären.

Neue Argumente waren nicht zu hören: An der Misere - dem Kanton drohen in den nächsten Jahren Defizite bis zu 150 Millionen - ist nicht ein Überborden des Staatsapparats Schuld, sondern verantwortungslose Steuersenkungen. Die Reaktion darauf ist grundfalsch: Abbaumassnahmen zum Beispiel im Bildungswesen oder bei der Prämienverbilligung, die letztlich sogar zu noch höheren Kosten

führen. Neu ist, dass das «Bündnis Aargau mit Zukunft» die Diskussion in eine andere Bahn zu lenken versucht. Man hält sich nicht damit auf, die Sparmassnahmen im Einzelnen zu zerzausen, sondern konzentriert sich auf die Forderung, dem Kanton mehr Einnahmen zu verschaffen, «ohne dass dies irgendjemandem richtig wehtun würde» (SP-Co-Fraktionspräsident Dieter Egli).

«Das Finanzproblem wäre gelöst»

Die Rechnung sieht so aus: Die Steuerentlastungen für juristische Personen werden rückgängig gemacht, der Pendlerabzug wird auf 3000 Franken begrenzt und wie es die Juso-Initiative fordert, wird eine «Millionärssteuer» eingeführt (ca. 1 Prozent auf Vermögen über 2 Millionen). «Das Finanzproblem wäre gelöst», um weiter mit Dieter Egli zu sprechen. Denn der Kanton würde so jährlich 265 Millionen mehr einnehmen, zusätzliche freie Mittel aus einer ebenfalls geforderten Öffnung



«Der Kanton könnte deutlich mehr einnehmen, ohne dass dies irgendjemandem richtig wehtun würde.»

Dieter Egli Co-Präsident SP-Grossratsfraktion

der Strassenkasse für allgemeine Zwecke noch nicht eingerechnet. Damit würden nicht nur die mit dem Finanzplan 2016-19 von der Regierung präsentierten Sparmassnahmen und die Anhebung des Staatssteuerfusses nicht mehr nötig, es wäre genug Geld vorhanden, um weitere Forderungen des Bündnisses zu finanzieren:

- Verpflichtung der Gemeinden, Strukturen für die familienergänzende Kinderbetreuung gemäss Initiative des Lehrerverbands anzubieten (23 Millionen);
- Kinderbeihilfen für einkommensschwache Familien, ähnlich Ergänzungsleistungen zur AHV (SP-Initiative, 11 Millionen);
- Kantonale Arbeitslosenversicherung ergänzend zur Arbeitslosenversicherung (Initiative des Gewerkschaftsbunds, 15 Millionen);
- Prämienverbilligung für jeden Haushalt, wo mehr als 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgegeben werden müssen (SP-Initiative, 65 Millionen).

Sanierungsfall Aargau

Was die Chancen in der parlamentarischen Debatte über Budget und Finanzplan betrifft, macht man sich im «Bündnis Aargau mit Zukunft» keine Illusionen. Hingegen wertet man die Ablehnung des letzten Sparpakets in der Volksabstimmung vom 8. März als klares Signal, dass die Bevölkerung mit der Politik der «Selbstbedienungscoalition in Parlament und Regierung» (SP-Co-Präsident Cédric Wermuth) nicht mehr einverstanden ist. «Die Botschaft der Menschen war klar: Es reicht», so Wermuth.

Der Kanton vermarkte unbestritten seine Vergangenheit gut, meint Gewerkschaftsbund-Präsident Kurt Emmenegger in Anspielung auf verschiedene Gedenkveranstaltungen wie heuer zum Schicksalsjahr 1415. Die Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre habe den Aargau aber zum Sanierungsfall gemacht und verhindert, dass der Kanton die aktuellen Herausforderungen zukunftsfruchtig angehen kann.

NACHRICHTEN

Einbruch

Unbekannte stehlen Bilder aus einem Haus



Unbekannte Einbrecher sind am Mittwoch in ein Einfamilienhaus in Rothrist eingedrungen und haben dort mehrere Bilder gestohlen. Der Deliktsbetrag wird auf einige tausend Franken geschätzt. Die Kantonspolizei bitet um Mithilfe bei den Ermittlungen über den Verbleib der Bilder. Fotos der Bilder finden Sie online unter www.aargauerzeitung.ch (AZ)

Arbeitsmarkt

Jugendarbeitslosigkeit ist im August angestiegen

Die Zahl der jungen Arbeitslosen zwischen 15 und 24 Jahren hat im August um 295 auf 1676 Personen zugenommen. Zugleich stieg die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vormonat von 2,9 auf 3,5 Prozent. Auslöser für den Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit sind die zu Ende gegangenen Schul- und Lehrjahre. Bei den übrigen Altersklassen ist die Arbeitslosenquote im August zurückgegangen. (AZ)

Do it Yourself

Mädchenkulturtag findet in Lenzburg statt

Der 19. kantonale Mädchenkulturtag findet am 24. Oktober in den Räumlichkeiten der Reformierten Kirchengemeinde Lenzburg statt. Der Tag steht unter dem Motto «Do it yourself». An verschiedenen Workshops können sich Mädchen und junge Frauen zwischen 11 und 16 Jahren in unterschiedlichen Kreativtechniken und Handwerk üben. (AZ)

Auf dem Dreirad durch die Klosterkirche

Tage des Denkmals Unter dem Motto «Austausch - Einfluss» finden an diesem Wochenende an 24 Standorten im ganzen Kanton aussergewöhnliche Führungen und Workshops im Rahmen der Europäischen Denkmaltage statt.

VON JÖRG MEIER

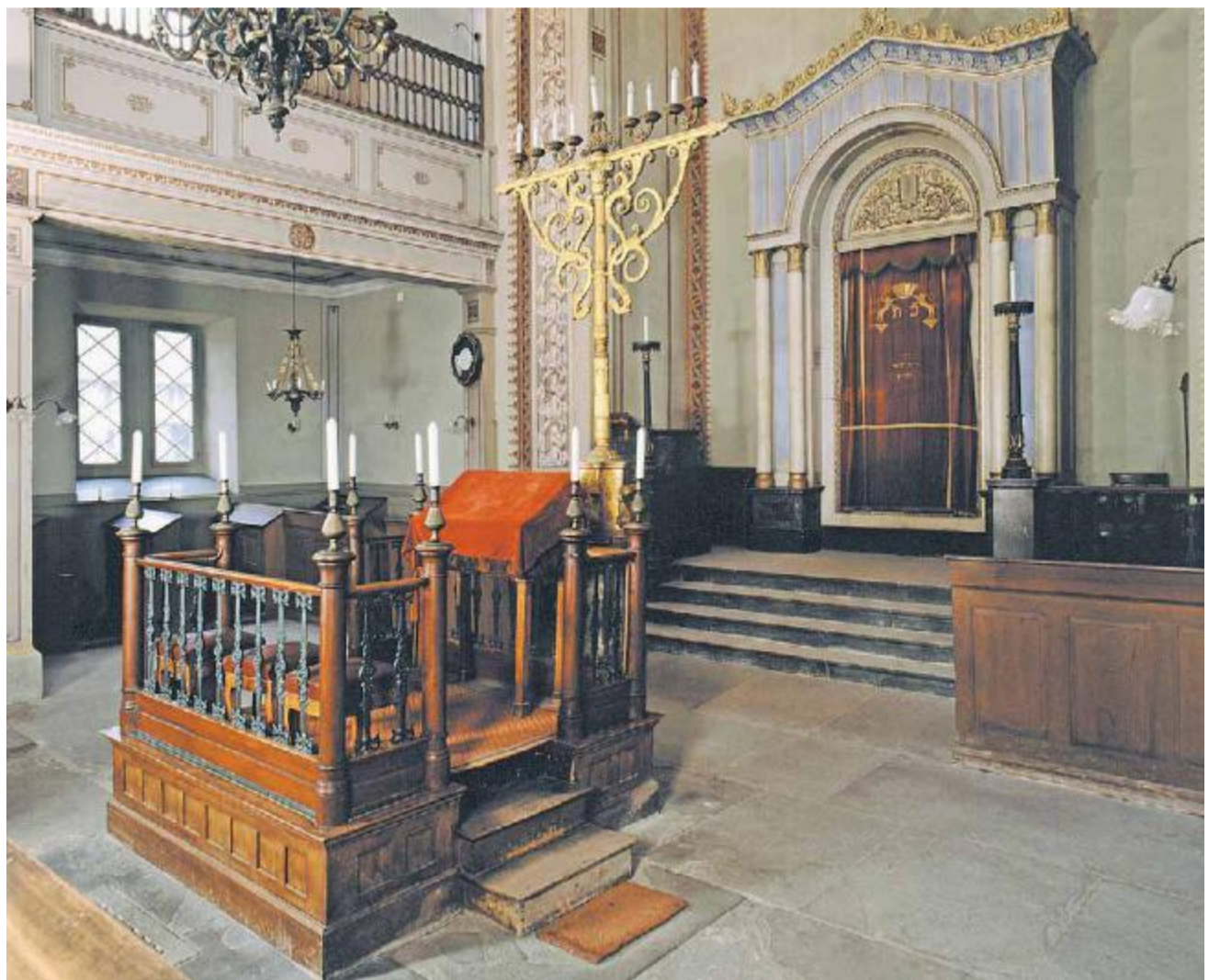
Der heutige Kanton Aargau bestand bis 1798 aus vier Herrschaftsgebieten, deren unterschiedliche Einflüsse bis heute im kulturellen Erbe erkennbar sind. Aber auch von ausserhalb gelangten Ideen und Wissen in den Aargau und prägten die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung des Kantons.

Anlässlich der Europäischen Tage des Denkmals wird heute und morgen an 24 verschiedenen Orten und Objekten exemplarisch dargestellt, wie Menschen und neue Ideen über Jahrtausende hinweg konkret den Kanton geprägt und nachhaltig verändert haben.

Fremde Pracht für die Reichen

Neben dem Einfluss der Römer, mit dem man sich an den Denkmaltagen in Windisch, Brugg und Bad Zurzach auseinandersetzen kann, lässt sich auch einmal aus der Nähe betrachten, wie die Reichen früher lebten. So etwa in Bad Zurzach in der Villa des Strickereibaronen Jakob Zuberbühler. Auch die Aargauer Schlösser zeigen ihre ausländisch geprägten Räume mit der importierten Pracht. Den Schlössern stehen aber auch die Villa Malaga in Lenzburg und die Villa Fischer in Meisterschwanden in nichts nach.

Auch der Einfluss ausländischer Fachkräfte und Bauherren spielt an den diesjährigen Denkmaltagen eine Rolle. Den spätbarocken Fresken der Tessiner Brüder Torricelli im Kloster Fahr wird ebenso nachgespürt wie den



Die Synagoge in Lengnau ist Teil der jüdischen Kultur, mit der sich die Tage des Denkmals auch beschäftigen. DENKMALPFLEGE

Hugenotten in Schafisheim oder der jüdischen Kultur in Lengnau.

In Bünzen und Buchs geht es in die frisch restaurierten Kirchen: In Bünzen beeindruckt die rekonstruierte Illusionmalerei; die Sichtbetonkirche in Buchs irritiert mit der Schönheit ihrer Rohheit. Um «Béton brut» dreht es sich auch bei Führung und Workshop im wiedereröffneten Stadtmuseum Aarau.

Weitere Museen beteiligen sich aktiv an den Aargauischen Tagen des Denk-

mals. Neben den diversen Standorten des Museums Aargau ist das Aargauer Kunsthaus mit einem Familiensonntag dabei und das Klostermuseum Muri lädt zu einem Ausflug zum Murihof nach Sursee.

Was sind Inkunabeln?

In Bremgarten gibt es Führungen zu den drei Reussbrücken, in Niederwil-Gnadenthal erfährt man, wie die Selbstversorgung im ehemaligen Klos-

ter funktioniert hat. In Königsfelden erzählt Martin Fröhlich, der Enkel des ehemaligen Direktors der psychiatrischen Klinik, von seiner Jugend auf dem klösterlichen Areal. Und wer schon lange einmal wissen wollte, was Inkunabeln sind, der ist in der Stadtbibliothek Zofingen genau richtig.



Das Programm finden Sie auf www.aargauerzeitung.ch

INSERAT

In den Nationalrat
Thomas Burgherr
Liste 1 SVP

«Wie im eigenen Betrieb setzt er sich auch beim Staat für gesunde Finanzen ein, deshalb wähle ich Thomas Burgherr in den Nationalrat.»

Ernst Hasler,
ehem. National- und Regierungsrat, Strengebach

Soziallastenausgleich erst ab 60 000 Franken

Finanzausgleich Die Vorlage kommt in der Kommission gut an. In einem wesentlichen Punkt ist sie aber zurückhaltender als die Regierung.

Die Kommission für Allgemeine Verwaltung (AVV) hat unter Leitung von Matthias Jauslin die Vorlage der Regierung für einen neuen Finanz- und Lastenaus-

gleich sowie über die Aufgabenteilung Kanton - Gemeinden fertig beraten. In einem gewichtigen Punkt weicht die Kommission von der Vorlage ab. Es geht um folgenden Vorschlag der Regierung: Wenn einer Gemeinde in einem einzelnen Sozialfall pro Jahr Nettokosten von mehr als 40 000 Franken entstehen, soll der darüber liegende Kostenanteil durch einen Fonds getragen werden. Diesen sollen alle Gemeinden gemeinsam im Verhältnis zu ihrer Ein-

wohnerzahl definieren. Eine solche Lösung beträfe rund 300 Fälle pro Jahr, das sind rund 5 Prozent aller Fälle. Es geht hier um knapp 5 Millionen Franken pro Jahr. Das Ziel, Gemeinden mit teuren Sozialfällen zu entlasten, ist unbestritten. Berühmt geworden ist letztes Jahr der Fall von Ruppertswil, das für einen jungen Straftäter im fürsorglichen Freiheitsentzug eine Rechnung von mehreren hunderttausend Franken erhalten hat.

Eine Mehrheit der Kommission spricht sich jetzt aber für einen Grenzbetrag von 60 000 Franken aus. Damit wären nur noch rund 80 bzw. rund 1 Prozent aller Fälle pro Jahr betroffen. Die Regierung hat in ihrer Botschaft bereits ausgerechnet, was dies heissen würde: Es ginge nur noch um geschätzte 1,6 Millionen Franken pro Jahr, die gemeinsam getragen werden müssten.

Das Geschäft kommt voraussichtlich Ende Oktober in den Grossen Rat. (MKU)